



## Handeln statt behandelt werden



Dr. Martin Reißig  
Stv. Vorsitzender der KZVB

Sehr geehrte Frau Kollegin,  
sehr geehrter Herr Kollege,

mit Gesundheitsreformen haben wir Zahnärzte Erfahrung. Die Namen ändern sich, das Szenario bleibt. Die Ouvertüre beginnt mit einer Medienkampagne über die Spitzenverdiener, die hemmungslos abkassieren und ihre Patienten bis aufs Hemd auspressen. Es folgt der mit versteckter Kamera „bewiesene“ Vorwurf der schlechten Qualität.

Die drohende Zwei-Klassen-Medizin ruft die Sozialpolitiker und die Spitzenvertreter der Krankenkassen auf den Plan. Die Beiträge der Gesetzlichen Krankenkassen steigen, statt, wie großmündig versprochen, zu sinken. Es besteht Handlungsdruck. Die Gegenwehr der Betroffenen wird schnell als Defizit an Ethik und als unsozial kommentiert. Die mächtigste Vokabel unserer politischen Sprache ist das Wort unsozial. Es steht für den höchsten Wert im öffentlichen Bewusstsein. Höher als Recht, höher als Freiheit, Selbstverantwortung, Selbstbestimmung und Subsidiarität.

Sozial ist, wogegen sich kein Widerspruch erheben darf. Sozial ist das, was Stimmen bringt, zu dessen Propagierung kein Politiker allzu großen Mut braucht. Gegen das Soziale ist kein Einwand möglich, außer dem, dass es derzeit vielleicht nicht finanzierbar sei. Das Wort sozial ist zum Hauptwort der politischen Sprache geworden. Sozialverträglich ist deshalb jede politische Maßnahme, der keine gesellschaftliche Gruppe widerspricht. Das Grundprinzip des Sozialen ist der Transfer. Man nimmt denjenigen, die als begünstigt gelten, um diejenigen zu begünstigen, die als bedürftig definiert werden. Dahinter steht immer ein interessierter Dritter, der soziale Apparat, der vom Vollzug der Transferleistungen lebt und ein gutes Auskommen hat.

Drastische Beispiele sind die Krankenversicherung, die Rentenversicherung und in Kürze die Pflegeversicherung. Die radikale Veränderung der Altersstruktur und die Folgen der Globalisierung für unsere Arbeitsplätze richten unsere Sozialversicherungen zu Grunde. Eine ungebremste Dynamik des Sozialen ist letztendlich unsozial.

Das Jahr 2005 hat uns einen überraschenden Wahlausgang beschert. Eine Große Koalition steht in den Startlöchern. Die Koalitionsverhandlungen lassen den notwendigen großen Ruck noch vermissen. Derweilen schreitet die Entwicklung um uns herum mit großer Dynamik fort. Nur Deutschland verharrt in seinem sozialen „Dornröschenschlaf“. Die nächste Gesundheitsreform ist für Mitte 2006 angekündigt. Wir haben ein Zeitfenster von sechs Monaten für unsere Reformvorschläge. Nutzen wir diese Zeit zur aktiven Gestaltung unserer beruflichen Zukunft. Die vergangenen Jahre waren von einer schleichenden Deprofessionalisierung der Ärzteschaft geprägt. Diese Entwicklung muss umgekehrt werden. Wir müssen die Fremdbestimmung durch selbsternannte Experten beenden.

Unser Ziel ist eine wissenschaftlich fundierte Zahnheilkunde mit Vorfahrt für Prophylaxe. Qualität ist für uns eine stete Herausforderung. Die Gesetzliche Krankenversicherung muss sich auf das beschränken, was sie leisten kann. Im kleinen Risiko der Krankheit muss Selbstbeteiligung stattfinden. Im großen Risiko muss die Solidargemeinschaft wirken.

Unsere Devise 2006:

Aktiv Handeln, sonst werden wir schlecht behandelt.

Ihr Michael Reißig